

INFORMATION

zur Pressekonferenz

am 5. Oktober 2020

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

zum Thema

Wohnungslosenhilfe OÖ –

Hilfe bei der Wohnungssicherung besonders wichtig

in Zeiten von Corona!

Weiterer Gesprächsteilnehmer:

Hubert Mittermayr, Geschäftsführer Verein Wohnplattform

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

„Die Zahl der von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen steigt. Neben steigenden Mieten und Kautionen sind Scheidung, Arbeitsplatzverlust, Krankheit und Suchtverhalten die wesentlichen Faktoren, die zur Wohnungslosigkeit führen können. Die Coronakrise hat die Situation für viele Menschen zusätzlich verschärft. Ich ersuche daher alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die Probleme bei den Mietzahlungen haben, bestehende Hilfsangebote rechtzeitig und nicht erst bei Fälligestellung der Zahlungen in Anspruch zu nehmen. Ist eine Räumungsklage bereits eingebracht, wird Hilfestellung immer schwieriger“, warnt Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Entsprechend den Vorgaben des Oö. Sozialhilfegesetzes wird zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit in Oberösterreich eine flächendeckende Delogierungsprävention angeboten. Aufgrund der Coronakrise ist, ähnlich wie auch in der Schuldnerberatung, mit einer steigenden Anzahl von Hilfesuchenden zu rechnen. „Was wir in der Beratung vor allem feststellen“, so Hubert Mittermayr, Geschäftsführer der Wohnplattform, „ist, dass Menschen, die vor Corona bereits mit schwierigen Umständen zu kämpfen hatten, von der Kurzarbeit, dem Lockdown und allen damit einhergehenden Herausforderungen, getroffen wurden und nun rascher Hilfe suchten, als sie es vielleicht ohne Pandemie getan hätten. Die Haushalte, die aufgrund der Pandemie erst in Schwierigkeiten geraten sind, werden aller Wahrscheinlichkeit nach erst nächstes Jahr, wenn die Sonderregelungen bzgl. Mietzahlungen auslaufen, Kontakt zu den Beratungsstellen suchen.“

Präventionsangebote für Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind

Für Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind, bietet das Land Oberösterreich ein flächendeckendes Angebot der Delogierungsprävention, die regionsspezifisch von verschiedenen Kooperationspartnern angeboten wird. In sechs Regionen ist je ein Träger der Wohnungslosenhilfe als Koordinationsstelle beauftragt und Anlaufstelle für sämtliche Anliegen rund um Delogierungsprävention und Wohnungssicherung. Das Ziel der Wohnungslosenhilfe ist die Abwendung einer drohenden Wohnungslosigkeit, die schrittweise Verbesserung der Lebenssituation Betroffener, deren langfristige Stabilisierung und die Wiedererreichung einer selbständigen Lebensführung in einer eigenen Wohnung. Sie ist nicht nur an der kurzfristigen Unterbringung von Menschen ohne Wohnung orientiert, sondern zielt auf eine dauerhafte soziale und materielle Stabilisierung ab. Die mehr als **60 Sozialberatungsstellen** in allen Bezirken **und die Gemeinden** sind wesentliche Pfeiler dieses Netzwerkes und wichtige Erstanlaufstellen. Da sie mit den Koordinationsstellen in enger Zusammenarbeit stehen, ist das Sicherungsnetz in Oberösterreich ein sehr engmaschiges.

<u>Planungsräume in Oberösterreich</u>	<u>Zuständige Koordinationsstelle</u>
Zentralraum Linz	Verein Wohnplattform
Innviertel	Caritas für Menschen in Not
Mühlviertel	Arge für Obdachlose
Zentralraum Wels	Verein Wohnplattform
Pyhrn-Eisenwurzen	Verein Wohnen Steyr
Traunviertel-Salzkammergut	Wohnungslosenhilfe Mosaik

Beratung - Schritt für Schritt zu einer gemeinsamen Lösung:

- Klärung der aktuellen Situation
(Gibt es Mietrückstände und/oder Mahnungen? Gibt es eine Räumungsklage?
Wie groß ist die aktuelle Gefahr, die Wohnung zu verlieren? ...).
- Suche nach Möglichkeiten, die Wohnung zu erhalten oder auch nach alternativen Wohnraumlösungen.
- Einleitung der individuell notwendigen nächsten Schritte und Herstellung hilfreicher Kontakte.

Die Zusammenarbeit mit Institutionen wie Schuldnerberatung, anderen Sozialeinrichtungen und Wohnbauträgern bietet oft Lösungen, selbst wenn die Situation aussichtslos erscheint, wird jedoch durch regelmäßige verschärfte gesetzliche Regelungen (z.B. Anrechnung der Alimente als Einkommen bei der Wohnbeihilfe, Abzug der Wohnbeihilfe bei der Sozialhilfe, etc.) erschwert.

Problematische Entwicklungen

Zugang zu Wohnraum soll ein Grundrecht sein. Dies nicht zu ermöglichen, bedeutet den Ausschluss von Menschen an der gesellschaftlichen Teilhabe!

Leider wurden der Zugang zu gemeinnützigen Wohnbau und auch die Möglichkeiten der Unterstützung durch die Wohnbeihilfe in den vergangenen Jahren eingeschränkt, was sich auch im Bereich der Delogierungsprävention bemerkbar macht. Auch das neue Sozialhilfe-Ausführungsgesetz, als Nachfolgemodell der Mindestsicherung, birgt Verschlechterungen, die vermehrt in den Beratungsgesprächen zum Thema werden. Denn selbst wenn eine Wohnbeihilfe bezogen wird, wird diese in der Sozialhilfe angerechnet und damit zur Gänze vom jeweiligen

Richtsatz abgezogen. Das kann für Familien ein **Einkommensverlust von bis zu 350 Euro** bedeuten.

Forderung eines Härtefallfonds zur Wohnungssicherung

Die BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe fordert österreichweit einen **Härtefallfond zur Wohnungssicherung** analog zum Härtefallfonds für Unternehmer/innen, zu installieren. Damit sollen armutsgefährdeten Menschen mit hoher Wohnkostenbelastung Zuschüsse gewährt werden. Die Statistik Austria hat 2019 in ihrer Publikation zu „Wohnen“ dargestellt, dass armutsgefährdete Haushalte im **Durchschnitt 37% ihres Einkommens für Wohnen** ausgeben und damit mehr als doppelt so viel als der Schnitt der Gesamtbevölkerung. *„Die letzte diesbezügliche Erhebung der Wohnplattform stammt von 2017 und darin zeigte sich, dass Menschen, die in diesen Jahr die Beratungsstelle aufgesucht haben, im Durchschnitt mehr als 50 Prozent ihres gesamten Haushaltseinkommen für Wohnkosten ausgeben mussten“*, unterstützen Gerstorfer und Mittermayr diesen Vorschlag.

Zahlen und Fakten aus dem Sozialbericht 2019

- Das **gesamte Angebot der Wohnungslosenhilfe** - von Beratung über Wohnangebote, Akuthilfe bis hin zur Mobilen Wohnbetreuung und Streetwork - wurde 2019 von **10.659 Personen** genützt, wobei eine Personen mehrere Dienstleistungen gleichzeitig in Anspruch nehmen kann.
- Im **Jahr 2019 wurden 5.892 Personen** (in 2.578 Haushalten mit 3.715 erwachsenen Personen und 2.177 Kindern) vom **Netzwerk Wohnungssicherung** beraten. Gegenüber dem Jahr 2018 bedeutet dies bei der Anzahl der Haushalte einen Anstieg von 122 Haushalten bzw. durchschnittlich fünf Prozent.
- Insgesamt konnte, dank des Netzwerkes Wohnungssicherung und der sehr guten Zusammenarbeit aller Beteiligten, in **47 Prozent der Fälle der Wohnraum gesichert** werden. Bei 26 Prozent wurde die Beratung abgebrochen bzw. ist der weitere Verlauf nicht bekannt. In 19 Prozent der Fälle wurde ein Wohnungswechsel vorgenommen und **nur drei Prozent** der beratenen Haushalte wurden tatsächlich **delogiert**. Bei drei Prozent wurde ein Wechsel in eine betreute Wohnform erforderlich, die restlichen zwei Prozent sind wohnungslos, in Haft oder im Krankenhaus.

- In Oberösterreich gibt es 57 **Übergangswohnungen**. Sie bieten wohnungslosen Männern und Frauen eine zeitlich befristete, selbständige Wohnmöglichkeit und Hilfe beim Erarbeiten neuer Zukunftsperspektiven und dienen als Sprungbrett für eine eigene Wohnung. Die Wohnmöglichkeit ist an die Bereitschaft zur Betreuung gebunden und an die pünktliche Mietzahlung.
- 2019 nächtigten 799 wohnungslose Personen (davon ein Kind) in einer **Notschlafstelle**, das waren im Vergleich zum Vorjahr um 5 Personen mehr.
- **Tageszentren und Wärmestuben** werden in Linz, Wels und Steyr angeboten. 2.944 Personen nutzten 2019 dieses Angebot. Damit kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang um 2,6 Prozent. Dieses Minus erklärt sich damit, dass zusätzliche Angebote in der Armutsmigration (Kontaktstelle, Help-Mobil, Winternotversorgung) in der Stadt Linz angeboten werden.
- Im Zuge einer **weiterführenden oder nachgehenden Hilfestellung** erhielten 2019 insgesamt 479 Personen eine Wohnbetreuung in einem Wohnheim, einer Übergangswohneinrichtung oder durch eine Mobile Wohnbegleitung in der eigenen Wohnung. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 5,4 Prozent.
- **Niederschwellige Beschäftigungsangebote** werden im »Arge-Trödlerladen« und bei der Straßenzeitung »Kupfermuckn« des Vereines Arge für Obdachlose angeboten. **489 Menschen (plus 5,4 Prozent)** fanden einen Zuverdienst und eine sinnvolle Tagesstruktur. Positiv am großen Andrang ist die Tatsache, dass diese Menschen alle arbeiten wollen, auch wenn es sich oft um körperlich anstrengende Arbeit handelt und, dass der wirtschaftliche Erfolg und der Anstieg der Erträge es möglich macht, zunehmend mehr Menschen zu beschäftigen.